

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 02.05.2013, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. 540)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:00 Uhr**

			Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	390/2013	4
2.	Altersarmut	399/2013	5
3.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Plan B - Aktivierung und berufliche Eingliederung als eigenständige Dienstleistung der Jobcenter	392/2013	8
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Einsatz von Integrationshelfern an Schulen	398/2013	9

Anlagen

- Anlage 1 Sachstandsbericht des Jobcenters
Anlage 2 Modellprojekt des Landes NRW „Plan B“

Anwesend:

Vorsitz
Strübbe, Robert
Ausschussmitglieder
Birkhahn, Astrid
Diekhoff, Markus
Feichtinger, Jochen
Hein-Kötter, Dorothea
Leismann, Jendrik
Mors, Annette
Steiner, Hans-Rüdiger
Stöppel, Gregor
Strecker, Rita
Twenhöven-Ruhmann, Annette
stellv. Ausschussmitglieder
Dufhues, Hannelore
Marx, Burkhard
Offers, Norbert
Ostermann, Norbert
Schulte, Stephan
von der Verwaltung
Börger, Heinz Dr.
Hanewinkel, Martin (nur öffentlicher Teil)
Middendorf, Anne (nur öffentlicher Teil)
Rehfeldt, Elke Dr.
Schabhüser, Helmut
Schreier, Petra (nur öffentlicher Teil)
Schulte-Sienbeck, Verena (nur öffentlicher Teil, TOP 1 und 2)
Uhkötter, Richard

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Hüttemann, Dorothe

Lindstedt, Cornelia

Strohbücker, Josef

Vöcking, Knud

Wördemann, Christiane

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 18.04.2013 form- und fristgerecht einberufen wurde.

I. Öffentlicher Teil**1. Jobcenter Kreis Warendorf
hier: Sachstandsbericht****390/2013**

Frau Schreier berichtet

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Personen in Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten
- über das Ranking der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen
- über die Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften
- über die Kennzahlen nach § 48a SGB II

(sh. Anlage 1).

Sie erläutert, dass die Zahl der Bedarfsgemeinschaften im Vormonat um 0,9 % gesunken sei, in entsprechendem Maße auch die Anzahl der Personen in Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Frau Mors erkundigt sich, in welchen Bereichen vornehmlich Arbeitsuchende eingestellt werden.

Frau Schreier und Herr Hanewinkel teilen mit, dass ca. 50 % der Einstellungen auf Zeitarbeitsfirmen entfallen, daneben werden viele Arbeitslose für Helfertätigkeiten vermittelt.

Herr Hanewinkel ergänzt, dass in den Bereichen Pflege und Metall viele Fachkräfte qualifiziert werden.

Frau Schreier betont, dass die Qualifikation der Kunden des Jobcenters wichtiger sei als eine schnelle Integration in den Arbeitsmarkt, hier sei die Nachhaltigkeit wichtiger.

Die Summe der Leistungen für Unterkunft und Heizung sei um 1,9 % gestiegen (Berichtsmonat Dezember 2012), berichtet Frau Schreier. Sie erklärt diese Steigerung mit der konsequenten Umsetzung des Urteils des Bundesgerichtshofes zu den Unterkunftskosten.

2. Altersarmut**399/2013**

Frau Schulte-Sienbeck teilt mit, dass anlässlich eines SPD-Antrages in der Sitzung des Ausschusses am 16.11.2012 zugesagt wurde, eine Vorlage zum Thema Altersarmut zu erstellen. Sie weist darauf hin, dass die Daten für einen lediglich auf den Kreis Warendorf bezogenen Bericht nicht ausreichen.

Frau Schulte-Sienbeck erläutert die Definition des Begriffs „Armut“ und berichtet kurz

- über die Armutsgefährdung im Kreis Warendorf sowie die Armutsgefährdungsquoten nach Alter und nach Geschlecht
- zur Grundsicherung im Alter/ durchschnittliche Zahl der Hilfeempfänger/innen und dem Anteil der Bevölkerung über 65 Jahre
- über die Höhe der gesetzlichen Rentenansprüche / Altersrenten Männer und Frauen sowie Witwer- und Witwenrenten

Des Weiteren berichtet sie über

- die Zunahme des Bevölkerungsanteils über 65 Jahre,
- das Absinken des Rentenniveaus,
- die Veränderung der Erwerbsbiografien,
- die Entwicklung der Arbeitslosigkeit sowie
- die Zunahme von gesundheitlichen Beeinträchtigungen und Behinderungen.

Abschließend erläutert sie aktuelle Handlungsstrategien des Kreises und weist auf zukünftige Präventionsmaßnahmen hin (sh. Erläuterungen der Vorlage).

Zusammenfassend stellt sie fest, dass Altersarmut im Kreis Warendorf derzeit noch kein drängendes Problem darstelle. Die entscheidenden kommunalen Stellschrauben zur Armutsprävention lägen im Bereich der Bildung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Erwerbsintegration sowie der Gesundheitsförderung. Dazu müssen die kommunalen Möglichkeiten zur Prävention stärker ausgebaut werden und auch Kinder aus bildungsfernen Familien oder mit Migrationshintergrund nach Möglichkeit einen Bildungsabschluss erhalten.

Frau Mors dankt Frau Schulte-Sienbeck und der Verwaltung für den vorgelegten Bericht. Dieser gebe einen kleinen Überblick über die aktuelle Situation. Auf Basis der Sitzungsvorlage solle ähnlich wie der Inklusionsplan ein erweiterter Bericht bezogen auf die Altersarmut im Kreis Warendorf erstellt werden.

Die aufgeführten Handlungsstrategien seien sinnvoll zur Prävention zur Altersarmut, insbesondere auch die Maßnahmen des Jobcenters.

Frau Mors erkundigt sich nach der Anzahl der Leistungsbezieher, die ergänzende Leistungen nach dem SGB II erhalten, sowie nach den daraus resultierenden Kosten für den Kreis Warendorf.

Erläuterung: Ergänzter sind Personen, die erwerbstätig sind und ergänzend zu ihrem Gehalt Arbeitslosengeld II beziehen, um ihren Bedarf zu decken.

Frau Schreier erklärt dazu, dass dies im Januar 2013 nach der eigenen Auswertung über das Fachverfahren LÄMMkom 3.162 Ergänzter waren, davon 2.864 abhängig Erwerbstätige und 298 selbstständig Erwerbstätige. Die rein kommunal finanzierten Leistungen betragen im Januar 2013 überschlägig gerechnet ca. 400.000 €, im Jahr belaufe sich die Summe auf rd. 4,8 Mio. € auf kommunaler Ebene. Hinzu kommen auf das Jahr 2013 hochgerechnet bundesfinanzierte Ausgaben von rund 12,8 Mio. €.

Aus der Statistik der Bundesagentur für Arbeit (Statistikverbund West) (Stand 2011) teilt Frau Schreier mit, dass 3.359 Personen Erwerbstätige ALG II-Bezieher seien, davon sind 3.064 Personen abhängig Erwerbstätige ALG II-Bezieher. Von diesen Personen haben

1.859 Personen ein Einkommen bis zu 400 €,
505 Personen ein Einkommen zwischen 400 € und 800 € sowie
700 Personen ein Einkommen über 800 €.

Frau Birkhahn sieht die Punkte Ausbildung und Bildung ebenfalls als wichtige Grundlagen für Beruf und Arbeit. Der Kreis Warendorf habe die entsprechenden Stell-schrauben richtig gestellt.

Durch den vorgelegten Bericht sei jetzt eine Einschätzung der Situation hinsichtlich der Altersarmut möglich, wenngleich die Altersarmut auf europäischer Ebene gesehen zunächst ein Definitionsproblem darstelle.

Herr Stöppel dankt für die vorgelegten statistischen Daten und die Bewertung seitens der Verwaltung.

Er schätzt die Situation nicht so gravierend, dass sie einen umfangreichen Bericht, wie von der SPD-Kreistagsfraktion gewünscht, erfordere. Der Kreis unternehme in vielen Bereichen sein Möglichstes zur Vermeidung von Altersarmut. In den nächsten Jahren seien lediglich Feinjustierungen der Maßnahmen erforderlich.

Herr Diekhoff verwehrt sich dagegen, dass weitere Statistiken und ein Konzept zum Thema Altersarmut erstellt werden, weiterer Handlungsbedarf mit ggf. teuren Untersuchungen sei aktuell nicht erforderlich.

Herr Leismann schildert am Beispiel eines Rettungsassistenten, dass einige Berufsgruppen so wenig verdienen würden, dass sie ohne Sozialhilfe nur mit ihrer Rente im Alter nicht auskömmlich leben könnten.

Es sei schwierig, einen auf den Kreis Warendorf bezogenen Bericht zur Altersarmut zu erstellen. Es wäre jedoch wünschenswert, den Bericht z.B. um einen Beitrag des Jobcenters zu ergänzen.

Herr Schulte sieht auf kommunaler und auf Kreisebene wenige Steuerungsmöglichkeiten. Das Problem der Altersarmut sei jedoch nicht so harmlos wie im Bericht dargestellt. Die Situation werde sich noch verschlimmern.

Es komme darauf an, welche Möglichkeit der Einflussnahme auf Kreisebene bestehe, gibt Frau Birkhahn zu bedenken. Der Kreis könne nur seine Möglichkeiten ausschöpfen. Sie wehrt sich entschieden gegen ein Beschäftigungsprogramm für die Verwaltung.

Frau Mors stellt klar, dass die Erstellung eines neuen Berichtes nicht angestrebt werde. Die Vorlage solle jedoch als Basis dienen für einen Armutsbericht in Form des Familien- oder des Inklusionsberichtes mit kurz-, mittel- und langfristigen Handlungsempfehlungen.

Herr Stöppel betont nochmals, dass er einen weiteren Bericht aktuell nicht für notwendig erachte. Sollte der Kreis einen Armutsbericht herausgeben, werde der Öffentlichkeit fälschlicherweise die Botschaft einer bestehenden Problematik vermittelt.

Herr Strübbe fasst zusammen, dass es das Problem Altersarmut im Kreis nicht konkret vorhanden sei. Handlungsstrategien lägen vor.

Herr Dr. Börger sieht hier den Bund oder die Tarifparteien in der Verantwortung. Wenn Frau Mors der Meinung sei, dass der Kreis noch weitere Handlungsmöglichkeiten habe, könne darüber diskutiert werden. Der Kreis sei bereit, im Rahmen seiner Zuständigkeit seine Möglichkeiten auszuschöpfen. Ein Bericht als Datenfriedhof sei jedoch überflüssig.

3.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Plan B - Aktivierung und berufliche Eingliederung als eigenständige Dienstleistung der Jobcenter	392/2013
-----------	---	-----------------

Frau Schreier erläutert das Modellprojekt „Aktivierung und berufliche Eingliederung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen als eigenständige Dienstleistung im Jobcenter“ des Landes NRW und die Umsetzung des Projektes „Plan B“ des Jobcenters Kreis Warendorf (sh. Anlage 2).

Die 1. Projektphase habe vom 01.09.2011 bis zum 31.08.2012 stattgefunden, führt Frau Schreier aus. Aufgrund der guten Ergebnisse der teilnehmenden Jobcenter nehme der Kreis Warendorf an der 2. Projektphase teil. Ziele seien die schnelle und nachhaltige Integration der Teilnehmer sowie die Steigerung der Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit. Diese sollen durch die Entwicklung und Umsetzung einer eigenständigen Aktivierung unabhängig von Maßnahmen der Bildungsträger erreicht werden.

Die fachliche Betreuung erfolge durch die G.I.B., Gesellschaft für innovative Beschäftigung in Bottrop.

Die Umsetzung des Projektes erfolge durch 3 Arbeitsvermittler des Jobcenters, die diese Aufgabe sehr engagiert erfüllen. Auch die Teilnehmer nehmen das Projekt nach anfänglicher Skepsis sehr gut an.

Bei Ausscheiden eines Teilnehmers erfolge eine sofortige Nachbesetzung.

Herr Feichtinger sieht das Projekt als Beispiel dafür, dass auf kommunaler Ebene Möglichkeiten der Gestaltung bestehen. Dieses Projekt sei ein gutes Beispiel für die Prävention gegen Altersarmut.

Frau Schreier hält es für wichtig neue Wege zu gehen. Der Kreis Warendorf habe als Optionskommune die Möglichkeiten dazu.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.00 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer